

- 7. Nov. 1990 16 00

ARBEITSGEMEINSCHAFT SWISSAID/FASTENOPFER/BROT FÜR BRÜDER/HELVETAS
COMMUNAUTÉ DE TRAVAIL SWISSAID/ACTJON DE CARÊME/PAIN POUR LE PROCHAIN/HELVETAS

Entwicklungspolitische Koordination
c/o I3W, Monbijoustrasse 31
Postfach 1686, 3001 Bern
Telephon 031 26 12 32 /33

DRINGEND

Att. Botsch. Girard

Fax 61 23 30

Herrn Bundesrat
Jean Pascal Delamuraz
Vorsteher EVD
3003 Bern

Herrn Bundesrat

Rene Felber
Vorsteher EDA
3003 Bern

Bundesamt für Ausserwärtige Angelegenheiten	
No. 220.1	3003 Bern
EE	
R	- 7. NOV. 1990
	1. November 1990
Kopie an	red

GE/AK

Hilfe an die wirtschaftlichen Opfer der Golfkrise

Sehr geehrter Herr Bundesrat

durch die Golfkrise sind zahlreiche Entwicklungsländer wirtschaftlich massiv geschädigt worden, indem der Handel mit Irak und Kuwait als Folge der Sanktionen unterbrochen ist, indem grosse Migrationen von Arbeitskräften stattfinden und entsprechende Ueberweisungen inskünftig ausbleiben werden, indem der Oelpreis massiv gestiegen ist, indem der Tourismus beeinträchtigt worden ist, usw. Die Weltbank schätzt die Einbussen der 10 am meisten betroffenen Entwicklungsländer für das laufende Jahr auf 11 Milliarden Dollar und für 1991 auf 19 Milliarden Dollar. Die UNCTAD beziffert allein die Verschlechterung der Oelrechnung der ärmsten Entwicklungsländer im kommenden Jahr auf weitere 1,6 Milliarden Dollar.

Unter der Leitung der USA hat bekanntlich eine internationale Koordinationsgruppe getagt, welche die Hilfe an die wirtschaftlichen Opfer der Golfkrise koordinieren soll. Nachdem die Schweiz an diesen Gesprächen teilgenommen hat, ist auch mit einer Beteiligung der Schweiz zu rechnen. Unzweifelhaft besteht ein grosser internationaler Druck in diese Richtung, ein Druck, der nicht zuletzt aussenpolitisch motiviert ist. Seit Jahren betont die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas die Notwendigkeit einer eigenständigen und aktiven Aussenpolitik der Schweiz. Im Falle der Golfkrise darf sich die Schweiz deshalb ebensowenig unbesehen in das Schlepptau einer Grossmacht begeben, wie auch ein Abseitsstehen des reichsten Landes der Welt verfehlt wäre. Die Eigenständigkeit der schweizerischen Aussenpolitik muss sich vielmehr in der Qualität der Hilfe an die wirtschaftlichen Opfer der Golfkrise äussern.

Den Grundsätzen der Entwicklungszusammenarbeit entsprechend dem Gesetz kommen auch bei dieser Aktion entscheidende Bedeutung zu. Das bedeutet, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Empfängerländern im Zentrum stehen und flexibel die verschiedenen Formen der Entwicklungszusammenarbeit zur Anwendung kommen. Insbesondere sollten jene Instrumente vermieden werden, welche auf Bindungen an Schweizer Lieferungen aufbauen (Mischfinanzierungen, Schweizer Nahrungsmittel), deren entwicklungspolitische Problematik und Kostspieligkeit hinlänglich bekannt ist.

Die Eigenständigkeit des schweizerischen Beitrags sollte aber auch bei der Länderauswahl zum Ausdruck kommen. Statt sich nur an den multilateral vorgegebenen Frontlinienstaaten zu orientieren, sollte der Kreis in Frage kommender Länder grundsätzlich weit gefasst werden, inklusive der bereits eingangs erwähnten, ebenfalls betroffenen ärmsten Entwicklungsländer. Ganz insbesondere möchten wir aber Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Länder richten.

- Im Falle der Türkei würde eine schweizerische Beteiligung an der Hilfe wohl von unserer Bevölkerung nicht verstanden werden, solange Menschenrechtsverletzungen - namentlich gegenüber der kurdischen Bevölkerung - an der Tagesordnung sind. Die Flucht vieler Menschen nach Westeuropa unter Einschluss der Schweiz u.a. ist darauf zurückzuführen. Im Schatten der Golfkrise hat die türkische Regierung in letzter Zeit noch härter als bisher gegenüber den Kurden durchgegriffen. Eine von der Bundesverwaltung durchgeführte Studie im Anschluss an das Postulat Mühlemann hat überdies ergeben, dass bei den heutigen politischen Prioritäten in der Türkei eine Hilfe zugunsten der vernachlässigten Regionen im Osten kaum wirksam wäre. Diese Überlegungen legen nahe, eine allfällige Hilfe an die Türkei mit strikten menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Auflagen zu versehen oder überhaupt darauf zu verzichten. Die Türkei nicht in das Hilfspaket einzuschliessen, erscheint aussenpolitisch durchaus vertretbar, nachdem der Zentralbankgouverneur Rustu Saracoglu bekannt gegeben hat, dass die Türkei keine Hilfe will, sondern wenn schon Handelskonzessionen bevorzugen würde.

- Im Falle der Philippinen hat die Schweiz eine besondere Verantwortung, weil die Marcos-Fluchtgelder von mehreren hundert Millionen Franken nach vieljährigen Rechtshilfeprozessen noch immer nicht repatriiert sind. In Würdigung dieser skandalösen Umstände sollte die Schweiz die Philippinen im Paket der Golf-Hilfe substantiell berücksichtigen, und beispielsweise Massnahmen im Bereiche der Landreform grosszügig finanzieren. Dass auch eine derartige Good-Will-Aktion gegenüber den Philippinen die Schweiz in keiner Weise von der Rückerstattung der Marcos-Millionen entlastet, braucht wohl kaum betont zu werden. Dieses Vorgehen ist umsomehr berechtigt, als nach Schätzungen von Bankenseite im Gefolge der Golfkrise von Anlegern aus der Golfregion rund 5-10 Milliarden Dollar als Treuhandgelder neu in die Schweiz geflossen sind und somit unsere Wirtschaft und der Fiskus einen Nutzen aus dieser jüngsten Fluchtgeldbewegung ziehen.

Wir kommen zu einem letzten Aspekt, der uns beschäftigt. Bundesrat Otto Stich hat von einem "substantiellen Beitrag" gesprochen, was wohl ein Finanzvolumen von mehreren hundert Millionen Franken bedeuten dürfte. Ein derart grosser Betrag ist durch die laufenden Rahmenkredite für Entwicklungszusammenarbeit nicht verkraftbar. Beim Hilfspaket an die wirtschaftlichen Opfer der Golfkrise müsste es sich deshalb unbedingt um zusätzliche Mittel handeln, welche die laufenden Aktionen der Entwicklungszusammenarbeit nicht beeinträchtigen. Insbesondere sollte dadurch auch die in Vorbereitung befindliche Vorlage zur Entschuldung der Entwicklungsländer nicht konkurrenziert werden. Sollte es möglich sein, den Golf-Kredit noch zu Lasten des Bundesbudgets 1990 abzuwickeln, so würden wir dies sehr begrüßen.

Für Ihr Interesse danken wir Ihnen zum voraus bestens und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
ARBEITSGEMEINSCHAFT
SWISSAID/FASTENOPFER/BROT
FÜR BRÜDER/HELVETAS

Hans Ott

Hans Ott, Präsident

Richard Gerster

Dr. Richard Gerster,
Koordinator für
Entwicklungspolitik

cc. Bundesrat Dr. Otto Stich
Vorsteher EFD
3003 Bern